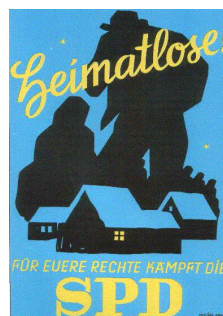




Der eigentlich vernünftige Wesensinhalt des Grundgesetzes für die Bundesrepublik insbesondere in den Artikel 1-20, 79 und 101, 103 GG ist systematisch durch die Ämterkorruption der Parteien ausgehöhlt worden, die auch alle richterliche Kontrolle durch parteiische Besetzung der Richterstellen bis zum Bundesgrundgesetzgericht hinauf zu verhindern wussten. Die Parteien in der Bundesrepublik funktionieren faktisch wie eine Einheitspartei durch den würgenden Zugriff der Parteiführungen auf die Bundestagsabgeordneten, die bei Aufbegehren einfach ihre nach dem GG unzulässigen Wahllistenplätze und Wahlkampfunterstützungen mit Parteikräften und öffentlichen Finanzmitteln entzogen erhalten. Die Parteien insgesamt haben damit die gleiche Macht wie zwischen 1933 und 1945 eine bekannte Einheitspartei. Sie benutzen diese Macht konsequent zum Machterhalt und sehr häufig gegen die Interessen des deutschen Volkes!

Da jede neue Partei durch die Organisationen nur zugelassen wird, wenn sie sich diesen Machenschaften uneingeschränkt unterwerfen und dafür das Grundgesetz anerkennen, kann sich das deutsche Volk niemals von den Besatzerkollaborateuren befreien, wenn es sich nicht eine diesbezüglich klare Verfassung gibt. **Erst wenn es dann feststellt, dass es seine selbst entworfene und gewählte Verfassung nicht durchsetzen darf und kann, würde es vermutlich nach weiter andauernder Ausplünderung für das Ausland erwachen.**

Weil dem Volk damit keine tatsächliche Mitwirkung am staatlichen Gemeinwesen eingeräumt wird, können bundesrepublikanische Parteipolitiker ohne Gefahr einer Abwahl ihre Wähler auch noch ungehindert verhöhnen und belügen:



Angela Merkel, CDU:

„Man kann sich nicht darauf verlassen, dass das, was vor den Wahlen gesagt wird, auch wirklich nach den Wahlen gilt!“ (Quelle)

„...denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit...“ (Quelle: <http://www.cdu.de/doc/pdf/../>)

Joska Fischer, Grüne:

„Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas (und der Welt) sind. Das wird immer wieder zu 'Ungleichgewichten' führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, es kann auch radikal verschwendet werden – Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet.“ (Anmerkung: Betroffen sind damit aber auch alle Zuwanderer und Scheineinge"deutsch"ten!)

Da wird man geradezu aufgefordert, dem Herausleiten von Geld aus Deutschland mit Hilfe der Finanzierung der Vereinigungen, Parteien und den Parteienstiftungen durch den Rollgriff in die Steuerkasse schnellstens einen Riegel vorzuschieben. Der nachfolgende Entwurf zu Artikel 23 kann die deutschen Steuerzahler effektiv und schnellstens erheblich entlasten.

Artikel 23 (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit)

- (1) Jede Person hat das Recht, sich insbesondere im politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich auf allen Ebenen ohne Anmeldung oder Erlaubnis frei und friedlich mit anderen zu versammeln und frei mit anderen zusammenzuschließen, was das Recht jeder Person umfasst, zum Schutz ihrer Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten.
- (2) Zwangsmitgliedschaften in Weltanschauungsgemeinschaften, Kirchen, Kammern, Körperschaften, Verbänden, Zünften, Sekten, Logen und anderen Vereinigungen sind verboten.
- (3) Politische Parteien und eine Vereinigung haben keine besonderen Vorrechte vor anderen Zusammenschlüssen und Einzelpersonen. Diesbezügliche Gesetze sind unzulässig.
- (4) Der Staat betreibt keine öffentlich unterstützte Subventionierung, Finanzierung oder Forderungsbeitreibung für freiwillige Vereinigungen.